

die Erhebung und Abrechnung der Steuern zu normierenden Grundsätzen einen ausführlichen, kulturpolitisch wichtigen Katalog der steuerpflichtigen und der steuerfreien Veranstaltungen. Zu den letzteren zählen auch die von der BGL, der Kulturkommission bzw. der Klubleitung durchgeführten Veranstaltungen in Kultur- und Klubhäusern, wenn sie einen kulturpolitischen Wert besitzen und der Bildung des sozialistischen Bewußtseins der Werktätigen dienen; das gleiche gilt für derartige Veranstaltungen außerhalb der Kultur- und Klubhäuser, soweit sie im Rahmen der Betreuung von Wohngemeinden durchgeführt werden.

Die Neuregelung und Vereinheitlichung unseres Abgabenrechts auf einem anderen Teilgebiet desselben verfolgt die **Verordnung über die Erhebung der Hundesteuer** vom 18. Juli 1957 (GBl. I S. 385). Auch hierbei liegt der Schwerpunkt in der Ausarbeitung neuer, unseren gesellschaftlichen Verhältnissen angepaßter Grundsätze für die Befreiung oder die Ermäßigung der Hundesteuer (Abschnitt III des in der Anlage bekanntgemachten Musters einer Hundesteuerordnung), wobei die weitgehende Steuervergünstigung besonders hervorgehoben zu werden verdient, die zuverlässige Hundeäuchter für ihre Zuchthunde erhalten. Steuerschuldner ist nicht nur der Hundehalter, sondern auch derjenige, der einen Hund länger als einen Monat zur Pflege oder auf Probe hält. In begründeten Einzelfällen, in denen die Einziehung der Steuer als unbillige Härte erscheint, kann der Rat der Gemeinde die Steuer ganz oder teilweise erlassen.

Unter den Normativakten, die die Arbeit der Justiz in besonderem Maße berühren, steht an erster Stelle die **Anordnung über die Durchführung der Schöffenwahlen im Jahre 1958** vom 21. September 1957 (GBl. I S. 509), die auf der Grundlage des Gerichtsverfassungsgesetzes die näheren Bestimmungen über den Zeitpunkt der Wahlen, die Zahl der zu wählenden Schöffen, die Tätigkeit der Wahlausschüsse, die Wahlvorschläge und die Durchführung der Wahlen selbst enthält. Da diese Anordnung, die für den Erfolg der bevorstehenden Wahlbewegung von grundlegender Bedeutung ist, in der „Neuen Justiz“ in speziellen Beiträgen ausführlich behandelt wird<sup>13</sup>, kann im Rahmen dieser Übersicht auf weitere Ausführungen hierzu verzichtet werden.

Die bisher fehlenden näheren Bestimmungen über die Verwendung von Dolmetschern in der Justiz sind mit der **Dritten Durchführungsbestimmung zum Gerichtsverfassungsgesetz — Bestellung von Dolmetschern und Übersetzern für den Bereich der Justiz** — vom 2. August 1957 (GBl. I S. 457) ergangen. Dolmetscher und Übersetzer für die Übertragung aus einer Fremdsprache in die deutsche Sprache und umgekehrt werden hiernach vom Minister der Justiz bestellt. Die Befähigung als Dolmetscher oder Übersetzer muß durch ein Zeugnis des Dolmetscherinstituts der Karl-Marx-Universität in Leipzig bzw. eines anderen staatlichen Dolmetscherinstituts oder durch eine Prüfung vor einer besonderen, vom Minister der Justiz bestellten Prüfungskommission nachgewiesen werden. § 4, der die Form der Bestellung und Verpflichtung der Dolmetscher enthält, ist in seinem ersten Absatz nicht klar genug gefaßt; denn hierunter fallen alle Personen, die die in § 3 bezeichnete Qualifikation als Dolmetscher oder Übersetzer erworben haben, und nicht nur, wie in der DB fälschlich gesagt wird, diejenigen, die das in § 3 geregelte spezielle Prüfungsverfahren absolviert haben. Eine nach Sprachen geordnete Liste der zu Dolmetschern oder Übersetzern bestellten Personen wird bei den Justizverwaltungsstellen geführt; die Namen der Personen werden im Verfügungs- und Mitteilungsblatt bekanntgemacht. Gebühren für Dolmetscher- oder Übersetzerdienste werden nur auf Antrag gewährt. Der Gebührenanspruch erlischt, wenn er nicht binnen eines Monats nach Ausführung des Auftrags „bei dem zuständigen Gericht geltend gemacht wird“, worunter lediglich die Stellung des Antrags auf Zahlung der Gebühren zu verstehen ist. Das Rechtsverhältnis zwischen Dolmetscher bzw. Übersetzer und dem Gericht ist auch hinsichtlich des Entschädigungsanspruchs ein verwaltungs-

rechtsrechtliches; es ist deshalb zutreffender, an Stelle von „Vergütung“ und „Entschädigung“ von „Gebühren“ zu sprechen, wie dies in § 10 geschieht. Hiernach kann der Antragsteller gegen die Festsetzung der Gebühren innerhalb von vierzehn Tagen bei dem Leiter des betreffenden Justizorgans Beschwerde einlegen; hilft dieser dem Rechtsmittel nicht ab, so entscheidet hierüber endgültig der Leiter der Justizverwaltungsstelle. Zur Klarstellung der Rechtslage hätte auch berücksichtigt werden müssen, welcher Rechtsbehelf gegen die Versagung des Gebührenanspruchs gegeben ist; mangels einer ausdrücklichen Regelung werden auf diesen Fall die Bestimmungen des in § 10 enthaltenen Beschwerdeverfahrens entsprechend anzuwenden sein. Die Gebührenberechnung selbst erfolgt nicht mehr nach § 5 der Anordnung vom 20. März 1956 (GBl. I S. 298), sondern nach Tarif A Ziff. 4 der Anordnung Nr. 1 vom 9. Dezember 1955 über die Verwaltungsgebührentarife (Sonderdruck Nr. 144 des Gesetzblattes).

Von Einfluß auf das Gerichtsrecht ist zwangsläufig auch der **Beschluß über Veränderungen der territorialen Gliederung von Stadt- und Landkreisen** vom 19. Juni 1957 (GBl. I S. 345), wonach Stadtkreise mit Stadtbezirken neu gegliedert und einzelne Stadt- bzw. Landkreise aufgelöst worden sind. Im Zusammenhang damit wäre es wünschenswert gewesen, die entsprechenden Veränderungen in den Gerichtsbezirken gesetzlich festzulegen, was u. a. für die Zuständigkeit der Gerichte zur weiteren Behandlung anhängiger Prozesse von erheblicher Bedeutung sein kann.

Für die Arbeit der Justiz dürfte es nicht uninteressant sein, daß mit der **Anordnung über die Verleihung der Rechtsfähigkeit an die „Wirtschaftsverwaltung des FDGB“** vom 5. Juni 1957 (GBl. II S. 213) und der **Anordnung über die Verleihung der Rechtsfähigkeit an die „Abteilung Feriendienst und Kuren des FDGB“** vom gleichen Tag (GBl. II S. 213) einem dringenden praktischen Bedürfnis Rechnung getragen und auch die Rechtsstellung dieser Organisationen im Prozeß geklärt worden ist.

Zu vermerken sind schließlich noch eine Reihe von Richtlinien des Plenums des Obersten Gerichts, die in dieser Zeitschrift bereits veröffentlicht worden sind. Es handelt sich um die **Richtlinie des Plenums des Obersten Gerichts der Deutschen Demokratischen Republik über die Kostenersatzung im Güteverfahren (§ 495a ZPO) — Richtlinie Nr. 8 — (RP1. 1/57)** vom 10. Juli 1957 (GBl. II S. 233)<sup>14</sup>, mit der die von Nathan<sup>15</sup> und Puschel<sup>16</sup> gegen Heinrich<sup>17</sup> und die frühere Rechtsprechung des Obersten Gerichts zu dieser Frage<sup>18</sup> geführte Kontroverse im Sinne der Erstgenannten ihre höchststrichterliche Klärung gefunden hat, ferner um die **Richtlinie des Plenums des Obersten Gerichts der Deutschen Demokratischen Republik über die Voraussetzungen der Ehescheidung nach § 8 Eheverordnung — Richtlinie Nr. 9 — (RP1. 2/57)** vom 1. Juli 1957 (GBl. II S. 235)<sup>19</sup> und die **Richtlinie des Plenums des Obersten Gerichts der Deutschen Demokratischen Republik über die Anwendung der Eheverfahrensordnung — Richtlinie Nr. 10 — (RP1. 3/57)** vom 1. Juli 1957 (GBl. II S. 239)<sup>20</sup>.

\*

Abschließend erfolgt eine kurze Zusammenstellung der Vorschriften strafrechtlichen Inhalts, die im Berichtszeitraum ergangen sind.

Die bedeutsamste unter ihnen ist § 4 der Verordnung über die Dienstflagge der Nationalen Volksarmee vom 27. Juni 1957 (GBl. I S. 505). Danach wird, wer die Dienstflagge der Nationalen Volksarmee unbefugt führt oder führen läßt, mit Gefängnisstrafe nicht unter

14 NJ 1957 S. 481.

15 Nathan, Über die Kosten des Güteverfahrens, NJ 1956 S. 80 ff.

16 Puschel, Kostenersatzungen im Güteverfahren, NJ 1957 S. 41 ff.

17 Heinrich, Nochmals zur Frage der Kostenentscheidung im Güteverfahren, NJ 1956 S. 335 ff.

18 OG, Urteil vom 8. Oktober 1954 — 1 Zz 155/54 — (NJ 1956 S. 63).

19 NJ 1957 S. 441; vgl. auch Ostmann, Zur Richtlinie des Obersten Gerichts über die Voraussetzungen der Ehescheidung, NJ 1957 S. 459.

20 NJ 1957 S. 445.